



Wissenswertes

Rentenberatungsbüro Hauptmann Postfach 1260, 53334 Meckenheim
Tel. 02225 - 6089099 (neu) und 10787; Fax: 02225 - 10999

Ausgabe Oktober 2006

Aktuelle Informationen und Neuigkeiten für Rechtsanwälte im Fachbereich Familienrecht

Heute stelle ich einige „Leitsätze“ in den Raum, die beachtet werden sollten. Diese „Leitsätze und viele andere werden in meinem neuen 4-stündigen Vortrag „Höchststrichterliche Entscheidungen von 1986 – 2006 und ihre Anwendung im VA“ ausführlich besprochen, damit verstanden wird, was damit gemeint ist.

1. Lassen Sie die Richtigkeit der Versorgungsauskünfte prüfen. Es sind überwiegend die Auskünfte von privatrechtlich organisierten Versorgungsträgern falsch.
2. Verlassen Sie sich nicht auf die Richtigkeit des „Gutdeutsch-Programms“. Hat der/die Familienrichter/in falsche Eingaben vorgenommen, hat das Programm auf der Grundlage dieser (falschen) Eingaben richtig gerechnet; allerdings ist das Ergebnis für diesen Fall falsch.
3. Eine Beitragsentrichtung gemäß § 3 b Abs. 1 Nr. 2 VAHRG ist in vielen Fällen unwirtschaftlich. Besser und preiswerter wäre für den Verpflichteten die Abfindung gemäß § 1587 L BGB – sofern sie zumutbar ist -.
4. Lassen Sie niemals eine laufende Berufsunfähigkeitsrente einer Lebensversicherungsgesellschaft in den schuldrechtlichen Versorgungsausgleich verweisen. Die Berechtigte wird in 99 % der Fälle keine Ausgleichsrente erhalten.
5. Lassen Sie eine ausländische Versorgungsanwartschaft auf Seiten des Verpflichteten immer abfinden. Ihre Mandantin(Berechtigte) wird es Ihnen danken.
6. Wenn eine Realteilung möglich ist und demnach die primäre Ausgleichsform ist und in den Realteilungsbedingungen der Hinweis auf die Anwendung der §§ 4 und 5 VAHRG fehlt, sollten Sie die Realteilung nicht durchführen lassen. Ihr Mandant (Verpflichteter) wird es Ihnen danken.
7. Stellen Sie niemals einen Antrag auf Abänderung nach § 10 a VAHRG, wenn Sie die Auswirkung des Antrages (Totalrevision) nicht vorher haben prüfen lassen.
8. Wenn ein Beamter/eine Beamtin vor dem 65. Lebensjahr pensioniert wird ergibt sich überwiegend ein höherer Ehezeitanteil.
9. Ihre Mandantin (Berechtigte) wird nach langer Ehe fast immer einen Anspruch auf die vorzeitige Altersrente ab dem 63. Lebensjahr mit Abschlag haben, sofern dies bekannt bzw. gewünscht ist und beantragt wird.
10. Wenn Ihr Mandant innerhalb des nächsten Jahres während des Erstverfahrens Rentner bzw. Pensionär wird, müssen Sie darauf achten, dass die Rechtskraft der VA-Entscheidung erst nach Versorgungsbeginn eintritt (Rentner- bzw. Pensionistenprivileg).
11. Ist Ihre Mandantin (Berechtigte) Rentnerin sollten Sie versuchen, dass das Gericht möglichst schnell über den VA entscheidet und dass die Entscheidung

rechtskräftig wird, damit Ihre Mandantin die um den VA erhöhte Rente möglichst schnell erhält.

12. Teilen Sie Ihrem Mandanten/Ihrer Mandantin in einem Abschlusschreiben mit, was er/sie noch tun muss.
13. Aufgrund des BGH-Beschlusses vom 25.5.2005, FamR2005, 1465, ist ein Super-Splitting heute nicht (mehr) ratsam.
14. Von 100 Fällen wird in 95 Fällen der restliche schuldrechtliche Versorgungsausgleich nicht mehr geltend gemacht (=vergessener schuldrechtlicher VA)
15. Auch wenn die Betriebsrente durch ein Super-Splitting vermeintlich vollständig ausgeglichen wurde, besteht fast immer noch ein Anspruch auf den „restlichen“ schuldrechtlichen VA.
16. Die Ausgleichsrente ist heute vielfach – in bestimmten Fällen – um einen Teil des Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrages zu reduzieren.

Dies sind nur einige von „Leitsätzen“, die Mann/Frau beachten sollte. Wenn Sie Fragen haben, können Sie mich gerne anrufen.

WILFRIED HAUPTMANN